

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

19. Oktober 2018

Wochenbericht KW 42

forsa | Emnid | IfD Allensbach | FG Wahlen | infratest dimap

Union zwischen 29 % und 25 %, SPD zwischen 19 % und 14 %, Grüne zwischen 20 % und 15 %, AfD zwischen 16 % und 14 %
Anteil derjenigen, die Entwicklung im Land negativ sehen, auf Höchststand (60 %), gleichwohl hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
Diesel-Skandal
Mehrheitlich keine Sorgen über die hohen Flüchtlingszahlen in Deutschland; allerdings sehen die Bürger zunehmend eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Situation
Landtagswahl in Bayern
Zeitreihen

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach ²	FG Wahlen³ für ZDF	infratest dimap für ARD
CDU/CSU	28 (-)	25 (-1)	29,0 (-2,5)	27 (-1)	25 (-1)
SPD	16 (-)	15 (-2)	19,0 (-0,5)	14 (-3)	14 (-1)
FDP	9 (-)	10 (+1)	8,5 (-)	8 (-)	11 (+1)
DIE LINKE	9 (-1)	10 (-1)	9,0 (-)	10 (-)	9 (-1)
B'90/Grüne	19 (+1)	19 (+2)	15,0 (+2,5)	20 (+3)	19 (+2)
AfD	14 (-)	15 (-)	15,0 (-)	16 (-)	16 (-)
Sonstige	5 (-)	6 (+1)	4,5 (+0,5)	5 (+1)	6 (-)
Erhebungszeitraum	0812.10.	1117.10.	28.0911.10.	1618.10.	0810.10.

Die Union liegt bei FG Wahlen 13 (+2), bei forsa 12 (-), bei infratest dimap 11 (-), bei Emnid 10 (+1) und bei IfD Allensbach 10 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Union liegt bei Emnid und bei infratest dimap bei 25 %. Dies ist jeweils der niedrigste Wert seit Beginn der uns vorliegenden Zeitreihe im Jahre 1998 bzw. seit Erhebungsbeginn 1997.

Die SPD liegt bei FG Wahlen und bei infratest dimap bei 14 %. Dies ist jeweils der niedrigste Wert seit Erhebungsbeginn.

Die Grünen liegen bei FG Wahlen bei 20 %. Dies ist der höchste Wert im ZDF-Politbarometer seit September 2011.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
Merkel	43 (-)	
Nahles	12 (-1)	
Merkel	38 (-)	
Scholz	21 (-1)	
Erhebungszeitraum	0812.10.	

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 31 (+1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 17 (+1) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

81 % (-2) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 4 % (+1) Nahles. Von den CSU-Anhängern würden sich 70 % (-3) für Merkel und 4 % (+2) für Nahles entscheiden. 29 % (-2) der SPD-Anhänger präferieren Nahles und 34 % (+1) Merkel.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 75 % (-2) der CDU-Anhänger für Merkel und 10 % (-) für Scholz aus; von den CSU-Anhängern würden sich 66 % (-2) für Merkel und 9 % (-2) für Scholz entscheiden. 51 % (-2) der SPD-Anhänger präferieren Scholz und 24 % (+2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (21.10.2018)

² im Vergleich zur KW 38

³ im Vergleich zur KW 39

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	17 (-2)
SPD	5 (-)
sonstige Parteien	18 (+1)
keine Partei	60 (+1)
Erhebungszeitraum	0812.10.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 12 (-2) Prozentpunkte vor der SPD. Gleichwohl ist der Wert von 17 Prozent für die Union der niedrigste seit Oktober 2011.

60 % (+1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

50 % (-4) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 27 % (-5) von ihrer Partei.

Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	22 (-	5)
eher abwärts	23 (+:	5)
nicht so viel anders	52 (-)
Erhebungszeitraum	1618.10.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 39 deutlich verschlechtert. Dass die optimistischen Erwartungen hinter den pessimistischen liegen, war letztmals im August 2016 der Fall.

Anhänger der FDP (30 %) und der Linkspartei (29 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der AfD (39 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.

Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	18 (+1)	
schlechter	44 (+1)	
unverändert	36 (-2)	
Erhebungszeitraum	0812.10.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 26 (-) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 39

Die Dinge entwickeln sich	forsa ^{für} BPA			
eher in die richtige Richtung	32 (-)			
eher in die falsche Richtung	60 (+1)			
Erhebungszeitraum	0812.10.			

Der Anteil derjenigen, für die die Entwicklung im Land eher in die <u>falsche Richtung</u> geht, ist auf den höchsten Wert (60 %) seit Erhebungsbeginn im Mai 2015 gestiegen. Überdurchschnittlich oft sind Ostdeutsche (70 %) sowie Anhänger der AfD (91 %) und der Linkspartei (77 %) dieser Meinung, über 45-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (65 % zu 51 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (67 % zu 55 %).

Für Anhänger der Union (49 %) und der Grünen (37 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die richtige Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 39

Wie zufrieden sind Sie?	(sehr) zufrieden		weniger gar nic zufriec	ht
mit der Lebensqualität in Deutschland	84	(-)	16	(+1)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	70	(+1)	25	(-)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	50	(-1)	49	(+1)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	42	(-2)	51	(+1)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	34	(-)	63	(-)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	30	(-)	65	(-2)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	30	(+1)	65	(-1)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	28	(-2)	69	(+1)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	27	(+3)	71	(-2)
Erhebungszeitraum		081	.2.10.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (84 %), der Lage am Arbeitsmarkt (70 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (50 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sechs von neun Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (72 %) und der Union (56 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem <u>Schutz vor Gewalt und Kriminalität</u>. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 45-Jährige (63 % zu 44 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (61 % zu 37 %) und Gutverdiener häufiger als Gering- bzw. Mittelverdiener (60 % zu 42 %). Ostdeutsche (64 %) und Anhänger der AfD (90 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

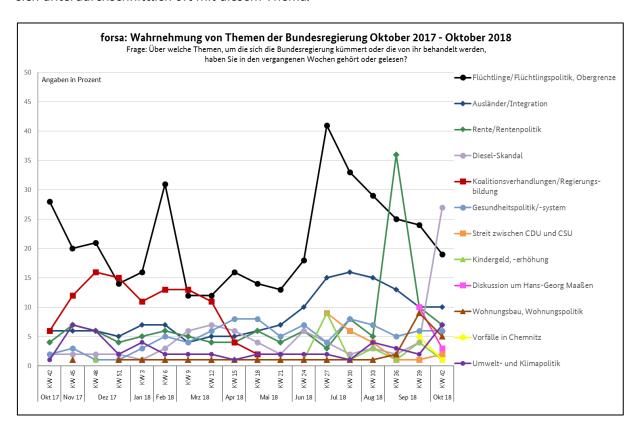
Personen mit mittlerer formaler Bildung (79 %), Ostdeutsche (78 %) und Mittelverdiener (74 %) sowie Anhänger der AfD (89 %), der Linkspartei (84 %) und der SPD (74 %) sind besonders oft unzufrieden mit dem <u>Ausmaß sozialer Gerechtigkeit</u>, über 45-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (76 % zu 48 %).

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 39

	for:	
Diesel-Skandal	27	(+23)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze	19	(-5)
Ausländer/Integration	10	(-)
Umweltpolitik	7	(+5)
Rente/Rentenpolitik	7	(-3)
Gesundheitspolitik/ -system	6	(-)
Wohnungsbau, Wohnungspolitik	5	(-4)
Erhebungszeitraum	0812	2.10.

Der Diesel-Skandal ist das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben. Überdurchschnittlich häufig wird es von 45- bis 59-Jährigen (33 %) und Ostdeutschen (32 %) sowie von Anhängern der Grünen (36 %), der AfD (33 %), der FDP (32 %) und der Linkspartei (31 %) genannt. Männer nennen den Diesel-Skandal häufiger als Frauen (33 % zu 21 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (35 % zu 17 %). Unter 30-Jährige und Personen mit einfacher formaler Bildung (jew. 17 %) sowie Anhänger der SPD (22 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft mit diesem Thema.



Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	Emnid für BPA
mache mir Sorgen	44 (+3)
mache mir keine Sorgen	54 (-3)
Erhebungszeitraum	1016.10.

Ostdeutsche (53 %), über 40-Jährige (52 %) sowie Anhänger der AfD (93 %) und der SPD (51 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Personen mit einfacher formaler Bildung sind häufiger besorgt als Personen mit hoher formaler Bildung (58 % zu 27 %).

Unter 30-Jährige (80 %) sowie Anhänger der Linkspartei (69 %) und der Grünen (68 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.

Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	kurzfristig		langfr	istig
eher Vorteile	8	(+2)	25	(+2)
eher Nachteile	50	(-1)	31	(-)
Vor- und Nachteile	37	(-)	38	(-1)
gleichen sich in etwa aus	37	(-)	30	(-1)
Erhebungszeitraum		101	6.10.	

Kurzfristig sehen 30- bis 59-Jährige (60 %), Männer (57 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (56 %) sowie Anhänger der AfD (83 %) und der Linkspartei (60 %) überdurchschnittlich oft eher Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen. Auch <u>langfristig</u> sehen besonders häufig Anhänger der AfD (98 %) und Männer (36 %) sowie 40- bis 59-Jährige (42 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (39 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (38 %) und unter 30-Jährige (31 %) sowie Anhänger der Grünen, der FDP (jew. 37 %), der Linkspartei (35 %) und der Union (31 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	Emnid für BPA
eher voran	18 (-3)
eher nicht voran	78 (+5)
Erhebungszeitraum	1016.10.

Personen mit hoher formaler Bildung (25 %) und Anhänger der Union (27 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt.

Hingegen meinen insbesondere 50- bis 59-Jährige und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 83 %) sowie Anhänger der AfD (100 %), der FDP (89 %), der SPD (83 %) und der Linkspartei (82 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher nicht vorankommt.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA	
Landtagswahl in Bayern	26	(+20)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	19	(+3)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	10	(-9)
Regierungskoalition: Probleme, Streit	6	(+2)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	6	(+3)
Erhebungszeitraum	1617.10.	

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der Landtagswahl in Bayern.

Ostdeutsche (27 %) und Geringverdiener (24 %) sowie Anhänger der AfD (49 %) nennen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen" überdurchschnittlich häufig. Personen mit einfacher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (25 % zu 13 %).

Anhänger der Linkspartei (19 %) erwähnen den Abgas- bzw. Dieselskandal besonders oft.

